

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 84 (1992)
Heft: 3

Artikel: Etwas tun, damit die Arbeitslosen etwas tun können
Autor: Kappeler, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355392>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Etwas tun, damit die Arbeitslosen etwas tun können

Die Arbeitslosigkeit stieg in allen Industrieländern stark an, aber die Antworten darauf sind mannigfaltig, und sie sind besser oder weniger gut... Einige Beispiele seien herausgegriffen.

Immer noch der grosse Star mit tiefer Arbeitslosenrate und interessanten Programmen ist Schweden, und die neue bürgerliche Regierung hat hier nichts geändert. Zwar versuchte sie zuerst, den Sparhobel auch bei den Arbeitslosenprogrammen anzusetzen, aber das ganze Land stellte sich entgegen. Im Wesentlichen besteht die schwedische Idee in der Offerte für jede arbeitslose Person, unentgeltlich und weitgehend nach eigenem Wunsch Weiterbildungsprogramme besuchen zu dürfen. Die Kosten sind enorm und belaufen sich gegenwärtig auf über zwei Prozent des Bruttosozialprodukts des Landes. Umgerechnet auf schweizerische Verhältnisse wären dies über 7 Milliarden Franken pro Jahr, weit mehr als das Militärbudget... Wenn die Kurse auch viele Richtungen zu wählen erlauben, sind doch die berufsbezogenen, oft sehr technisch ausgerichteten Programme zentral. Die Orte der Ausbildung sind die öffentlichen Schulen, Berufsschulen, Lehrlingswerkstätten und auch innerbetriebliche Schauplätze. Bis zu sieben, acht Monate können solche Kurse dauern, und sie haben dreierlei Wirkungen. Erstens halbiert sich Schwedens Arbeitslosenrate, weil die Kursbesucher nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden, zweitens finden nach dem Kurs 70 Prozent der Leute innert sechs Monaten

eine echte Arbeitsstelle, und drittens beschäftigt das System in sich bereits viele Lehrkräfte, Fachleute, die vielleicht sonst auch im Moment keine Arbeit fänden. Ganz wichtig aber ist auch die gesamtwirtschaftliche Wirkung, denn wie schon nach frühern Rezessionen steigt der schwedische Arbeitsmarkt dann mit motivierten, neu ausgebildeten Fachkräften in den neuen Aufschwung. Wenn in andern Ländern, etwa in der Schweiz, Maschinenbauer sicherheitshalber zu vollamtlichen Hauswarten werden, steigen sie nachher auch mit Sicherheit nicht in die – vielleicht wesentlich veränderte – Arbeitswelt der Maschinenindustrie zurück.

Die Massnahmen in Deutschland haben einiges von den schwedischen Erfahrungen übernommen. Kurse, Ausbildung, Unterstützung von Weiterbeschäftigungen werden angewandt und sichern Hunderttausenden von Arbeitslosen sowohl Brot wie Qualifikation und Hoffnung. Mit einer kräftigen Drehung an diesen Instrumenten brachte allein letz-



Von Beat Kappeler,
SGB-Sekretär

Einerseits wird die westdeutsche Wirtschaft immer noch ausserordentlich stimuliert durch die Investitionen und Konsumkäufe der neuen Bundesländer. In diesen selbst fliessen Gelder zu Investitionen auch auf privater Basis heute reichlicher. Dennoch überwogen bisher die Schliessungen in der alten DDR, die Arbeitsplatzbilanz ist immer noch düster. Da wesentliche Teile der ostdeutschen Infrastruktur und Konsumnachfrage kreditfinanziert sind,

läuft es auf eine einfache Ankurbelung mittels Staatsdefizit hinaus, das über den Kapitalmarkt gedeckt wird, nachdem die Bundesbank sich weigert, mitzuspielen und die Geldmenge zu heben, die Zinsen zu senken. Bildlich fahren aber sehr oft die Geldwagen der Bundesregierung mit den Unterstützungen ostwärts, dicht gefolgt von den Lastwagen der in der westdeutschen Industrie damit gekauften Güter... Dies erklärt, warum die Konjunktur in der Bundesrepublik insgesamt noch leidlich hält.

Frankreich hat die grosszügigen Ankurbelungsjahre der 1981 an die Macht gekommenen Sozialisten gründlich umgekrempelt. Die öffentlichen Finanzen sind seit Jahren knapp gehalten und bringen kaum wesentliche Stimulierung. Neben ebenfalls vielen Kursangeboten versuchte sich der Staat hier auch in zahlreichen Einarbeitungs- und Einstellungsprogrammen, insbesondere für Jugendliche. So bieten die «Contrats de qualification et d'adaptation» (Qualifizierungs- und Anpassungsverträge) für den Qualifikationsfall Anstellung zu 30–75% des Mindestlohns, wenn der Ausbildungsteil 25% der Arbeitszeit übersteigt. Die Anpassungsverträge sichern 80% des üblichen Lohns, wobei das Unternehmen nur die Hälfte der arbeitgeberischen Sozialversicherungsbeiträge zahlen muss. Sodann gab es die Stagiaires-Verträge mit 30–60% des Min-

**Schweden: über 2%
des Brutto-
sozialproduktes für
die Weiterbildung
von Arbeitslosen.**

ten März die Bundesrepublik die Arbeitslosen um 120 000 Personen herunter. Nicht zu vernachlässigen sind allerdings in Deutschland die gegenwärtigen Eigenheiten aus der Wiedervereinigung.

destlohns (der volle sogenannte SMIC zahlt 1500 Sfr. monatlich), welche auf dem Höhepunkt über 100 000 junge Leute unter 25 wenigstens in den Kontakt mit der Berufswelt brachten, die sie sonst gar nicht kennengelernt hätten nach der Schulzeit. Noch grössern Erfolg, nämlich bis zu 400 000 Teilnehmende 1991, hatten die «Contrats emploi-solidarité» (Solidarische Anstellungsverträge), wo junge Arbeitslose drei bis zwölf Monate Arbeit finden und der Staat sie dafür mit der Hälfte des SMIC entlohnt, woran die Firma oder beschäftigende Institution ca. 150 Fr. monatlich zahlen muss. Vor allem im Erziehungs- und Gesundheitsbereich wurden die Jungen so eingestellt. Arbeitslose, die es schon mehr als drei Jahre sind, und Behinderte können solche Verträge für 2 Jahre erhalten. Immerhin sichert die Entlohnung kein Herrenleben für die Teilnehmer, und für den Gesamtarbeitsmarkt entsteht bei derart massiver Be-

die Idee «Formation plus», um die arbeitslosen Lehrabgänger unterzubringen. Die Firmen müssen soviel zahlen, wie die Arbeitslosenentschädigung be-

Man hat den Eindruck, dass die Kantone vieles selber neu erfinden und sodann auf kleinstem Massstab mit viel Aufwand durchführen.

trägt, nämlich etwa 2300 Fr. Bisher gab es keinen Massenerfolg – etwa 15 Junge konnten bis Juni 1992 platziert werden.

«Formation plus» in der Waadt: rund 15 Junge konnten während eines halben Jahres platziert werden.

teiligung ein gewisser Verdrängungseffekt für Vollentlohnte. 1992 lancierte der neue Ministerpräsident Beregovoy ein neues System, wo durch staatliche Lohnbeiträge und sanften Zwang die Direkteinstellung Arbeitsloser in Massen in staatlichen und privaten Industrien bewirkt werden soll. Die Aktion soll Hunderttausende, wenn nicht über eine Million der drei Millionen Arbeitslosen herausreissen – eine erste Bilanz kann aber erst nächstes Jahr gemacht werden.

Der Kanton Waadt versuchte solche Programme nachzuempfinden und lancierte

Statt die Arbeitslosen mehr oder weniger passiv ihrem Schicksal zu überlassen, ist eine wirkliche Qualifizierungsoffensive zu starten.



Foto: C. Petri

Dies ist keine vollständige Sichtung aller möglichen Massnahmen. Sicher aber müssen in der Schweiz verschiedene solche Modelle in grösserer Breite jetzt angegangen werden. Auch wäre es dringend, die grossen Bundesprogramme (Weiterbildungsoffensive, Technologieprogramm, Massnahmen der Arbeitslosenversicherung usw.) auf eidgenössischer Ebene weiter anzupassen und den Kantonen anzubieten. Man hat den Eindruck, dass die Kantone vieles selber neu erfinden und sodann auf kleinstem Massstab mit viel Aufwand durchführen. Neben all den praktischen Nachteilen und Kosten sind damit allein die Informationshürden für die begünstigten Gruppen zu hoch, als wenn, wie in Frankreich oder Schweden, mit durchaus etwas Pauken und Trompeten ein klares, einheitliches Modell vorgestellt würde. Auch kennen alle dann die Meldepunkte, Bedingungen und Folgen und – wichtig auf psychologischer Ebene – man kann dann dem Bekanntenkreis sagen – ich bin für neun Monate im «Contrat emploi-solidarité», anstatt in einem unbekannten, seltsamen Kürslein einer städ-

tischen Vermittlungsstelle... Auch ein künftiger Arbeitgeber sähe klarer, was der Arbeitslose gemacht hat, vielleicht könnte man sogar Diplomwege damit verbinden. Sodann muss auch das Korps der Auszubildenden wiederum ausgebildet werden, was in nationalen Programmen rasch unternommen werden kann.